

Horst Mathes (Hrsg.)

## Priorität Politische Bildung

192 Seiten | 2002 | EUR 12.80 | sFr 23.20  
ISBN 3-87975-860-3 1



**»Wir benötigen heute mehr denn je einen Begriff von der Geschichte, der objektiven Verhältnisse, um allgemeines Wissen in ein praktisches Handlungswissen umzusetzen.«**

Oskar Negt

Fachwissen ist gefragt. Und da es nicht ausreicht, werden Green Cards ausgelobt. Motto: die »Wissensgesellschaft« braucht Spezialisten. Entsprechend werden die Bildungsangebote umgestrickt: von den Universitäten bis hinunter in die Schulen.

Bereits heute kann man mit Bestimmtheit sagen, dass dies eine Sackgassen-Strategie ist. Die erforderlichen Schlüsselqualifikationen müssen Transferqualität haben. Die Grundlagenkompetenz lautet: Zusammenhänge herstellen. Nur so ist technologische Kompetenz zu erlernen. Zusammenhänge zu deuten heißt, das gesellschaftliche Ganze zu verstehen. Dazu gehören aber nicht nur die großen gesellschaftspolitischen Brüche der Gegenwart – vor allem die Herrschaft der »alten Monster«: Krieg, Arbeitslosigkeit, Armut –, sondern gerade auch die Stellung des Individuums in der Gesellschaft. Es gilt Bindungen herzustellen, transparent zu machen, neu zu gestalten, um der Gefahr der Regellosigkeit, der Anomie zu entgehen. Der »flexible Mensch« muss sozial eingebettet werden. Dazu bedarf es eines Neuanfangs für Politische Bildung.

Dass sie zur Zeit nicht hoch im Kurs steht, ist das Problem. Wie es gelöst werden kann, wird in diesem Buch aus der Bildungspraxis diskutiert. Ein überzeugendes Plädoyer für eine Zukunft, die auf breiter Basis gestaltet und nicht von Fachidioten ruiniert wird.

### Der Herausgeber:

Horst Mathes ist Leiter des IG Metall Bildungszentrums Sprockhövel.

### Leseprobe 1

Horst Matthes

Politisierung des Alltags Was ist das für eine Welt, in der wir leben? Wie können wir besser verstehen und erklären, welche Interessen sich (nicht) durchsetzen? Wie können wir uns mit möglichst vielen anderen einmischen, Politik also nicht nur der »politischen Klasse« überlassen? Das sind Fragen, mit denen wir auch und gerade im Alltag der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit konfrontiert sind. Die besondere Aufgabe der politischen Bildungsarbeit in den Gewerkschaften ist es, der Unruhe, der Neugier und der Bereitschaft, (anders) zu denken und zu handeln, eine gemeinsame Richtung zu geben. Politische Bildung will verhindern, dass »Politik machen« sich auf das Handeln der »politischen Apparate« reduziert. Beteiligung erschöpft sich auch in einer repräsentativen Demokratie nicht darin, am Wahltag seine Stimme abzugeben, um dann tatenlos zuzuschauen, welches Politikmodell sich durchsetzt. Demokratie in Betrieben und Gesellschaft lebt von der Beteiligung. Gewerkschaften brauchen aktive Mitglieder und Funktionäre inner- und außerhalb der Betriebe, mit denen sie ihre Ziele und Forderungen klären und durchsetzen können. Die Medien berichten in diesen April-Tagen des Jahres 2002 über die Warnstreik-Aktionen der IG Metall, an denen sich Tag für Tag Zigtausende beteiligen. Unternehmerverbände und Teile der veröffentlichten Meinung sind angesichts der erfolgreichen Mobilisierung überrascht, diffamieren Streikaktionen als »nicht zeitgemäß« und wollen sie als Relikte in die Museen der Geschichte verbannen. Sicher, in der vergleichsweise streikarmen Bundesrepublik Deutschland sind Bilder von Arbeitskämpfen ungewohnt. Umso mehr gilt, dass Streiks eine wichtige öffentliche Aufklärungsfunktion haben. Tarifbewegungen sind geeignete politische Lernfelder, weil sie das betriebliche Handeln mit der außerbetrieblichen Aktion der Gewerkschaft verknüpfen und damit die Dialektik von Betrieb und Gesellschaft deutlich machen. Tarifbewegungen sind Gelegenheiten zur Politisierung des Alltags. Hier wird erlebbar, dass die strukturellen und inhaltlichen Rahmenbedingungen (Flächentarifvertrag) für die alltägliche Interessenvertretung im Betrieb nur mit der Mobilisierung der Arbeitnehmer möglichst vieler Betriebe durchgesetzt werden können. Gegen die betriebswirtschaftlich dominierte »Standort-Logik« gilt es Solidarität zu stärken, um die Konkurrenz der Arbeitnehmer untereinander und die Konkurrenz der Standorte (im Unternehmen und in der

Branche) tendenziell aufzuheben. Um dies zu verhindern, plädieren die Unternehmerverbände für eine Verbetrieblichung der Tarifpolitik, bei der Gewerkschaften – und letztlich jede kollektive Interessenvertretung, die widerstands- und gegenmachtfähig ist – außen vor bleiben sollen. Bereits früh hat dies Hans Peter Stihl (VMI-Baden-Württemberg) im »gewerkschaftsreport« (Nr. 7/ Oktober 1984) formuliert: »Frage: Der Dialog mit dem Betriebsrat steht nicht von ungefähr an erster Stelle?

Hans Peter Stihl: Der kritische, konstruktive Dialog mit dieser Ebene wird immer wichtiger, wenn wir unsere These von der zunehmenden Notwendigkeit individueller, betriebsnaher Lösungen glaubhaft vertreten wollen. Im Betrieb müssen die Interessen von Arbeitnehmer und Unternehmen praxisnah zum Ausgleich gebracht werden. Die Praxisnähe und auch der tägliche persönliche Umgang miteinander sorgen ganz wesentlich dafür, dass sachliche Argumente Gehör finden und vernünftig Regelungen gefunden werden können. Deshalb halte ich diejenigen Bestimmungen des neuen Manteltarifvertrages, die Verantwortlichkeiten von den Tarifpartnern auf die Unternehmensebene verlagern, für einen großen Fortschritt. Vergessen wir nicht: Es gibt auch Wechselwirkungen oder besser gesagt Rückwirkungen aus den Betrieben auf die Gewerkschaften. Deshalb ist die »Basisarbeit« in den Betrieben für uns so wichtig. Wenn wir bei der Umsetzung der flexiblen Arbeitszeit in den Betrieben unseren Betriebsräten überzeugende, betriebsnahe und sachlich fundierte Lösungen anbieten, wird dies wesentlich auch zu konstruktiven und verbesserten Gesprächsmöglichkeiten der Tarifpartner führen« In Begriffen wie »Praxisnähe« und Appellen an eine »neue Sachlichkeit« steckt ein diametraler Gegensatz zu den strategischen Zielen der Gewerkschaften: die Politisierung des Alltags (Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit) und die wirksame Organisation der Interessenvertretung. Gewerkschaftliche Bildungsarbeit bietet die Chance, das Verhältnis und die Arbeitsteilung zwischen Gewerkschaft, Vertrauensleuten und Betriebsräten zu klären und sie in den Dienst der Ziele gewerkschaftlicher Interessenvertretung zu stellen. Die Politisierung des Alltags reflektiert auf der betrieblichen Ebene die Wirkungsmacht der »betriebswirtschaftlichen Logik«. Über den Betrieb hinaus sind es die Erfahrungen der »Vermarktlichung« aller individuellen und gesellschaftlichen Lebensbereiche, dem Gewerkschaften entgegenwirken müssen. Das System der Konkurrenz, das Recht der Stärkeren und die damit einhergehenden Entsolidarisierungstendenzen determinieren alle gesellschaftlich relevanten Konflikte, Entscheidungen und Entwicklungen. Die »Reformvorhaben« der letzten Jahre sind diesem ökonomischen Diktat unterworfen worden. Gemacht wird das, »was sich rechnet«. Das herrschende Politikmodell provoziert »Entpolitisierung« und »Politikverdrossenheit«. Die Bürger bleiben der Wahlurne fern, die Bereitschaft, in Parteien und Gewerkschaften Politik mitzugestalten, schwindet. Demokratie kann jedoch nur funktionieren, wenn das politische Geschehen so organisiert wird, dass die Bürger nicht auf die Rolle von Zuschauern beschränkt werden. Ohne die Repolitisierung des Alltags droht Parteien und Gewerkschaften der Untergang, und auf dem Weg dorthin die Diffamierung als nicht mehr zeitgemäße Relikte des letzten Jahrhunderts. Die IG Metall hat Anfang April eine Bilanz der rot-grünen Regierungspolitik vorgelegt und Forderungen an eine neue Regierung formuliert. Das »politische Mandat« der Gewerkschaften bedingt, dass sie ihre Mitglieder auffordern, mit ihren Wählerstimmen auch für bessere Bedingungen für die Durchsetzung gewerkschaftlicher Ziele und Reformvorstellungen zu sorgen. Wahlkampfzeiten bieten so gesehen immer auch geeignete Anlässe, die politische Landschaft zu analysieren, Politik zu kritisieren und gewerkschaftliche Reformvorhaben zu thematisieren. Die rot-grüne Regierung hat die politischen Reformexpectations der Gewerkschaften nicht erfüllt. Sie hat eine neoliberale Politik fortgesetzt und weder der Dominanz der Ökonomie noch der zunehmenden Entparlamentarisierung der Politik (neue) Grenzen gesetzt. Stattdessen hat die Schröder-Regierung die Enttabuisierung des Krieges als Mittel der (Außen-)Politik betrieben. Die Kriegsschauplätze wechseln, die Eskalationsspirale von Gewalt, Terror und Krieg dreht sich weiter. In der »politischen Klasse« wird diskutiert, dass »wir Deutschen« eine neue Rolle der Welt übernehmen und uns nicht mehr aus militärischen Konfliktlösungen heraushalten können. Dieser verordneten »Emanzipation Deutschlands« und der Gefahr, in immer neue Kriege hineingezwungen zu werden, müssen sich die Gewerkschaften widersetzen. Sie können hierbei auf die überwiegend ablehnende Haltung in der Bevölkerung setzen. Wenn wir für eine andere Politik eintreten, sind wir gezwungen, den Blick auf die mediale Inszenierung von Politik zu werfen. Die herrschende Zustandsbeschreibung dieser Gesellschaft, die mit Begriffen wie Informationsgesellschaft, Wissensgesellschaft und Mediengesellschaft belegt ist, suggeriert einen uneingeschränkten Zugang zu Informationen und Wissen. Diese Beschreibungen verschleiern die Verhinderung und Behinderung der Information, Aufklärung und politischen Meinungsbildung. Die Inszenierung von Politik, die der Vermarktungs- und Inszenierungslogik der Medien folgt, befördert die Zuschauerdemokratie und überlässt die politische Bildung den Talkshows. In der Welt von heute sind Informationen über wirklich wichtige Vorgänge, die nicht nur die Inszenierungen der »politischen Klasse« ablichten, sondern Ursachen und Hintergründe erhellen, spärlich und wohl sortiert. Wer sich informieren will, wer hinter die Inszenierungen, über die Personifizierung und Skandalisierung der Politik hinaus blicken will, muss heutzutage trotz oder wegen der vielfältigen Informationsmedien einen immer größeren Aufwand betreiben. Gewerkschaften und ihre Bildungsarbeit müssen Räume und Zeiten für diesen gesellschaftlich notwendigen Aufwand zur Verfügung stellen. Die Demokratie ist in Gefahr, wenn ihr der politische Streit abhanden kommt. Und der politische Streit degeneriert zur medial gestalteten Show, wenn die Bürger nicht mehr nachvollziehen können, was die Hintergründe der Konflikte und welche Interessen dabei im Spiele sind. Politische Bildung ist Teil einer systematischen Suche nach Alternativen für eine bessere Zukunft. Wenn es keine Alternativen mehr gibt, wenn der Kapitalismus das Ende der Geschichte ist, wenn

nur noch das »kleinere Übel« zur Wahl steht, werden auch keine Diskurse mehr benötigt, die helfen, Dissens und Konsens zu klären. Dann wird der politischen Bildung der Boden unter den Füßen weggezogen. Alternative Zukunftsentwürfe sind dann nur noch lästige Störungen. Gewerkschaftliche Bildungsarbeit fragt danach: »Was müssen Kolleginnen und Kollegen heute wissen und können, um sich in Betrieb und Gesellschaft zurechtzufinden«. [1] Bildungsarbeit in der IG Metall ist eine politische Querschnittsaufgabe. Welchen Beitrag sie zur Aufgabe der Politisierung des Alltags leisten kann, wird auch über die Organisationsform und die inhaltliche Ausrichtung der politischen Bildungsaufgabe der Gewerkschaften entschieden. Wir müssen registrieren, dass sich immer mehr Bildungsträger aus der politischen Bildung verabschieden. Die zunehmende Ökonomisierung begründet eine Integration der politischen Bildung in die berufliche Bildung, mit der Tendenz, dass das Politische aus der Bildung verschwindet. Bildung ist nicht erst mit der Veröffentlichung der Pisa-Studie zum gesellschaftlichen Mega-Thema aufgestiegen. Die aktuelle Bildungsdebatte beschränkt sich allerdings fast ausschließlich auf die Forderung nach einer Bildungspolitik, die den ökonomischen Nutzen und die betriebswirtschaftliche Effizienz in den Vordergrund stellt. Auch die gewerkschaftliche Bildungsarbeit ist der Gefahr der Ökonomisierung und dem Druck des Zeitgeistes (»Entideologisierung«) ausgesetzt. Die zur Zeit anlaufende Debatte über das Selbstverständnis und die Bildungskonzeption (in) der IG Metall lässt erkennen, dass die Bildungsarbeit ein wichtiges und strittiges Thema auf der Suche nach einem zeitgemäßen Politikverständnis sowie der Klärung der Rolle und Aufgaben der Gewerkschaften im Kapitalismus sein wird. »Über politische Bildung reden nur die, die sie machen!« Diese provokante These von Thomas Meyer kann als allgemeine Beschreibung unzureichender Aufmerksamkeit für politische Bildung missverstanden werden, oder aber (positiv gesehen) besondere Anstrengungen fördern helfen. Bezogen auf die politische Bildungsarbeit der Gewerkschaften zwingt die produktive Umsetzung dieser These dazu, Gelegenheiten zu schaffen, die Erfahrungen und Erkenntnisse in die gewerkschaftlichen Diskurse einzubringen. Gewerkschaftliche Bildungsstätten sind dafür geeignete Orte und sie sind wichtige Zukunftswerkstätten. Es gehört zu ihren besonderen Aufgaben und liegt somit auch in ihrer eigenen Verantwortung, ob und wie der »Blickwinkel der Bildungsarbeit« einbezogen wird und das Verständnis von Bildungsarbeit als strukturbildende Organisationsaufgabe ihren besonderen Stellenwert in der theoretischen und praktischen Auseinandersetzung über die Zukunft der Gewerkschaften sichert. Die Zukunftsdebatte in der IG Metall bietet ausreichende Chancen, über die Bildungsarbeit als Investition in eine andere Zukunft zu diskutieren. Die bisherigen Diskussionen über eine »Weiterentwicklung der Bildungsarbeit der IG Metall« zeigen, wie wichtig es gerade für Gewerkschaften ist, über ihre eigenen Wahrnehmungen und Erfahrungen hinaus gesellschaftliche Veränderungen zu reflektieren. Es wird nicht leicht sein, den herrschenden Trends der Ökonomisierung, der Vermarktlichung und der betriebswirtschaftlichen Logik widersprechende eigene Ziele und Maßstäbe zu entwickeln, die auch der Diskussion um alte und neue Bildungskonzeptionen eine sichere Orientierung geben. Das IG Metall Bildungszentrum Sprockhövel hat mit einer Reihe von Veranstaltungen und der »Sprockhöveler Werkstatt 2001« die Gelegenheit zum Diskurs über politische Bildung und gewerkschaftliche Bildungsarbeit geschaffen und diese Veranstaltungen bewusst in den Kontext der Zukunftsdebatte der IG Metall gestellt. Der Aufgabe und dem Arbeitstitel der Sprockhöveler Werkstatt 2001 »Wi(e)dersprechen lernen - für eine kritische Gegenöffentlichkeit« waren drei Werkstätten zugeordnet: »Medien und kritische Gegenöffentlichkeit« »Politische Bildung zwischen Anpassung und kritischer Gegenöffentlichkeit« »Fairteilen - ein Bündnis für soziale Gerechtigkeit« Eingeladen waren GewerkschafterInnen, Wissenschaftler, Journalisten und Kulturschaffende. Ziel war es, Erfahrungen und Erkenntnisse auszutauschen und (über die Werkstatt hinaus) gemeinsame Arbeitsperspektiven zu initiieren. Mit der Veröffentlichung der wichtigsten Beiträge dieser Werkstätten wollen wir uns an der Zukunftsdebatte der IG Metall beteiligen und der Diskussion um politische Bildung in den Gewerkschaften zusätzliche Impulse geben. Der Dank gilt allen Beteiligten, die an der Vorbereitung und Durchführung der Sprockhöveler Werkstatt 2001 beteiligt waren und mit ihren Beiträgen dieses Buch ermöglicht haben. Besonders bedanken wir uns beim VSA-Verlag und bei Richard Detje. [1] Siehe den gleichnamigen Beitrag von Brigitte Kurzer, Petra Wolfram und Horst Mathes in Christoph Ehlscheid / Horst Mathes / Manfred Scherbaum (Hrsg), »Das regelt schon der Markt!« Marktsteuerung und Alternativkonzepte in der Leistungs- und Arbeitszeitpolitik, Hamburg 2001.

## **Inhalt:**

Horst Mathes

### **Politisierung des Alltags**

Frank Deppe

### **Wi(e)der Sprechen lernen für eine kritische Gegenöffentlichkeit**

Herrschaft des Marktes - Sachzwang ohne Alternativen?

Klaus Dörre

### **Entfesselter Markt - zerstörte Gesellschaft?**

Über die Zukunft politischer Bildung in den Zeiten intensiver Globalisierung

Heinz Bierbaum

**Politische Bildung im Spannungsfeld von betriebswirtschaftlicher Logik und gewerkschaftlicher Programmatik**

Harald Werner

**Reales Sein und neoliberales Bewusstsein**

Zwischen Anpassung und Gegenöffentlichkeit

Benno Hafenegger

**Politische Bildung zwischen Anpassung und kritischer Gegenöffentlichkeit**

Dieter Görs

**Plädoyer für politische Bildung**

Klaus Ahlheim

**Politische Bildung und Rechtsextremismus**

Politische Bildung in der Gewerkschaftsarbeit

Horst Mathes

**Zukunft der IG Metall**

Priorität Politische Bildung

Wolf Jürgen Röder

**Ein neues Bildungskonzept der IG Metall**

Joke Frerichs

**Lernprozesse in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit**

Politik in der Mediokratie

Thomas Meyer

**Kotau vor den Medien**

Mutierte die Parteiendemokratie zur Mediokratie?

Maria Böhm

**Zu den Chancen, Medien sinnvoll zu nutzen**

Jürgen Prott

**Die bestehende Medienlandschaft nutzen - Ersatz für eigene gewerkschaftliche Publikationen?**

Jürgen Elsässer

**»Die Schere im Kopf«**

Welche Rolle spielt sie in der journalistischen Arbeit?

Mathias Werth

**Berichterstattung oder Meinungsmache?**

Zu den Trends und Entwicklungen im Medienbereich und deren Auswirkungen auf die Gesellschaft

**Sprockhöveler Werkstatt 2001:**

Die TeilnehmerInnen

## Autorenreferenz

**Klaus Ahlheim** ist Hochschullehrer für Erziehungswissenschaft an der Universität Essen. **Heinz Bierbaum** ist Hochschullehrer für Betriebswirtschaft an der Universität Saarbrücken und Direktor des Info-Instituts. **Maria Böhm** ist Medienwissenschaftlerin an der Universität Mainz. **Frank Deppe** ist Hochschullehrer am Institut für Politikwissenschaften der Universität Marburg. **Klaus Dörre** ist Direktor des Forschungsinstituts Arbeit, Bildung, Partizipation (FIAB) in Recklinghausen. **Jürgen Elsässer** ist Journalist, veröffentlicht regelmäßig in »Konkret«. **Joke Frerichs** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am ISO-Institut in Köln. **Dieter Görs** ist Hochschullehrer an der Universität Bremen. **Benno Hafenegger** ist Hochschullehrer am Institut für Erziehungswissenschaft der Universität Marburg. **Horst Mathes** ist Leiter des IG Metall-Bildungszentrum Sprockhövel. **Thomas Meyer** ist Hochschullehrer für Politikwissenschaften an der Universität Dortmund. **Jürgen Prott** ist Hochschullehrer für Industrie- und Betriebssoziologie an der HWP - Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik. **Wolf-Jürgen Röder** ist Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall. **Harald Werner** ist Subjektwissenschaftler, Sprecher der AG Betrieb und Gewerkschaft der PDS. **Mathias Werth** ist Fernsehjournalist beim WDR.

Quelle: <https://www.vsa-verlag.de/nc/detail/artikel/prioritaet-politische-bildung-1/>